Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► an den Grossen Rat

PMD/048019
Basel, 3. November 2004

Regierungsratsbeschluss
vom 26. Oktober 2004

Interpellation Nr. 71 Christine Wirz betr. gefährdeter Basler Sicherheit durch Abbau bei der Grenzwacht

(eingereicht vor der Grossratssitzung vom 20. Oktober 2004)

Generell

Wie die Interpellantin richtigerweise feststellt, schlagen sich die Sparbemühungen des Bundes auch auf dem Bereich der Grenzwacht nieder. Die aktuelle Vorgabe lautet, den personellen Bestand des Grenzwachtkorps bis zum Jahr 2008 um 10,5% zu reduzieren. Betroffen ist natürlich auch der Zollkreis I, in dem Basel liegt. Die Rede ist insgesamt von einem Abbau von 50-60 Stellen.

Im Kanton Basel-Stadt arbeitet das Grenzwachtkorps (GWK) eng mit der Kantonspolizei, speziell mit der Grenzpolizei, zusammen. Letztere hat die Aufgabe, die Passkontrollen an den beiden internationalen Basler Bahnhöfen und am Flughafen vorzunehmen. Im weiteren übernimmt das GWK an den Strassen-Grenzübergängen polizeiliche Aufgaben, so etwa das Inkasso von Ordnungsbussen.

Der Regierungsrat sieht den geplanten Personalabbau aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen GWK und Polizei in der Region nicht ohne Sorge. Die genauen Folgen sind aber zur Zeit nur schwer abzuschätzen. Insbesondere bleibt auch abzuwarten, wie sich – einen positiven Entscheid von Parlament und allenfalls Souverän vorausgesetzt – der Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen auswirken wird. Das GWK liess in einer Stellungnahme zu dieser Interpellation verlauten, dass sich seine Präsenz im Grenzraum mit Schengen nicht wesentlich ändern wird, da die Zollkontrollen bleiben. Das GWK wird also – trotz Personalabbau - auch nach einem allfälligen Schengenbeitritt die wichtigen Strassenübergänge besetzen, den Bahnverkehr kontrollieren und im Grenzraum mobile Kontrollen durchführen.

Die einzelnen Fragen der Interpellation können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1
Aus Sicht der Kantonspolizei hat die Sicherheit an der Grenze nicht merklich abgenommen. Jedoch lässt sich beim GWK wie bei der Grenzpolizei eine deutlich

höhere Aufgriffsrate im Drogenbereich feststellen. In den letzten drei Jahren wurden durchschnittlich 340 Personen pro Jahr durch die Grenzpolizei festgenommen.

Das GWK hat seine Taktik in den letzten Jahren verändert, die Grenzwächter kontrollieren vermehrt im Bereich der Grünen Grenze (d.h. im Grenzraum mit dem Hauptaugenmerk auf die unbesetzten, respektive die nicht mehr durchgehend besetzten Grenzübergänge), dies allerdings zu Lasten der Strassenzollämter.

Frage 2
Ein Abbau von 50-60 Stellen beim GWK trifft auch den Zollkreis I beträchtlich. Wie oben ausgeführt, sind die Auswirkungen dieses Stellenabbaus zur Zeit noch nicht absehbar. Dieser soll aber grundsätzlich zu Lasten der Grenzübergänge (statischer Dienst) durch Reduktion der Besetzungsdichte respektive Besetzungsdauer erfolgen. Bei den mobilen Posten und im Bahnverkehr ist das GWK bestrebt, den jetzigen Kontrollstandard weiter aufrecht zu halten.

Frage 3
Die erwähnten und andere Delikte (Trickdiebstahl, Ladendiebstahl etc.) werden nicht nur durch MEM, sondern auch durch sogenannte Kriminaltouristen, vor allem aus ehemaligen Ostblockstaaten, verübt. Eine Rolle spielen hier auch die kürzlich vorgenommene Erweiterung der Europäischen Union und der Beschluss der Bundesbehörden, für Angehörige weiterer Länder die Visumspflicht aufzuheben.

Bei der mobilen Überwachung im Grenzraum ist kein Stellenabbau vorgesehen. Die zahlreichen Aufgriffe von Kriminaltouristen der letzten Zeit erfolgte häufig durch die mobilen Equipen. Es wird sich laut Aussage des GWK jedoch nicht vermeiden lassen, dass die Kontrolldichte bei den besetzten Grenzübergängen sinken wird. Und hier wäre die Kantonspolizei Basel-Stadt aus personellen Gründen nicht in der Lage, dieses Sicherheitsvakuum mit verstärkten Kontrollen und/oder Aktionen im Grenzbereich zu kompensieren.

Frage 4
Das GWK wird bereits heute im Bahnverkehr eingesetzt (Bahnposten mit einem Bestand von 25 Mitarbeitenden). Im lokalen, grenzüberschreitenden Bahnverkehr (Regio-S-Bahn, 117 Züge) ist das GWK für die Personen- und Warenkontrolle zuständig. Im internationalen Verkehr (144 Regional- und Schnellzüge) ist das GWK für die Warenkontrolle zuständig, während die Personenkontrolle zu den Aufgaben der Grenzpolizei gehört.

Vorläufig wird die Grenzpolizei der Kantonspolizei weiterhin ihren Dienst im Euro-Airport und in den beiden Grenzbahnhöfen versehen. Der Regierungsrat ist allerdings der Ansicht, dass dies eine Bundesaufgabe ist und vom Bund auch entschädigt werden sollte.

Das GWK zeigt sich in seiner Stellungnahme bereit und auch in der Lage, die Personenkontrolle im internationalen Bahnverkehr zu übernehmen; man verweist hier vor allem auf Synergieeffekte. Allerdings dürfte dies dazu führen, dass beim stati-

schen Dienst an den Grenzübergängen weitere Stellen zugunsten des Bahnverkehrs wegfallen.

Der Regierungsrat will auf alle Fälle am heutigen Sicherheitsstandard festhalten, unbeachtet der Frage eines Beitritts der Schweiz zum Schengen-Abkommen. Eine Übergabe der Funktionen der Grenzpolizei in den beiden Grenzbahnhöfen an das GWK kann nur erfolgen, wenn das GWK diese Aufgabe mit gleicher Anzahl Kräfte bewältigen kann.

Frage 5
Der Regierungsrat ist in ständigem Gespräch mit den Bundesbehörden. In dieser Frage war der Kontakt schon durch die Funktion des PMD-Vorstehers als bisheriger Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) ausreichend gegeben.

Ein erster Beschluss betreffend Abbau von 5.5 % der Stellen beim GWK ist bereits gefallen. Ein „Wiedererwägungsgesuch“ seitens eines Kantons wäre hier angesichts des Spardrucks beim Bund kaum erfolgsversprechend. In der Dezembersession hat das Bundesparlament über einen weiteren Abbau in Höhe von nochmals 5 % zu entscheiden. Der Regierungsrat wird die Basler Bundesparlamentarier auf die entsprechende Problematik sensibilisieren.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Der Präsident	Der Staatsschreiber
Jörg Schild	Dr. Robert Heuss